

Posener Zeitung.

Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17);
bei C. H. Ulrich & Co.
Breitestraße 14;
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Lübeck bei Ph. Matthias.

Annoncen.
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien;
bei C. F. Danck & Co.
Hagenstein & Vogler,
Rudolph Meiss.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank“.

Mr. 908.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 27. Dezember.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaarte Seitenzahl über deren Raum, Ressorten verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 24. Dezember. Der Kaiser hat geruht: dem Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Cf den Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädikat Exzellenz zu verleihen; und im Namen des Reichs den Landgerichts-Präsidenten Dr. Freiesleben zu Plauen zum Reichsgerichtsrath zu ernennen.

Bei der Reichsbank sind ernannt worden: der Kassirer Strahl zum Vorsieher des Girocomtoirs der Reichshauptbank; die 2 Vorstandbeamten, Banfrendanten Wulff zu Danzig und Dr. Jordan zu Elberfeld zu Bankdirektoren; die Buchhalter-Assistenten Zielesch zu Dortmund und Hartung zu Berlin zu Buchhaltern; der Unterfaktor Schneider zu Berlin zum Kassirer; der Geheime Kanzleisekretär Krecker daselbst zum Geheimen Registraturassistenten; der Geheime Kanzleiausstoss zum Unterfaktor; der Kanzler Hause und die Geheimen Kanzlei-Assistenten Schulzendorf und Mettin daselbst zu Geheimen Kanzleisekretären.

Der König hat geruht: den bisherigen Kreisphysikus des Kreises Ottweiler, Dr. med. Noack zum Regierungs- und Medizinalrath, den Regierungs-Assessor Dr. jur. Freiherrn von Möller-Lilienstern zum Landrath, und den Amtsrichter Hagemann in Birkenfeld unter Aufnahme in den preußischen Justizdienst, zum Amtsrichter zu ernennen; den Staatsanwälten Schütz, Baß, Bette und Simon von Zastrow hier selbst den Rang der Räthe vierter Klasse der höheren Provinzialbeamten beizulegen; den Ober-Vergräthen Ulrich zu Clausthal und Brockhoff zu Bonn den Charakter als Geheimer Vergräther, sowie dem Geheimen Staatsarchivar D. jur. Ernst Friedländer in Berlin und dem Staatsarchivar Dr. phil. Weltmann in Osnabrück den Charakter als Archiv-Rath, den Kreis-Bauinspektoren: de Nége in Wittenberg, Fromm in Neustadt W. Pr., Ammon in Schlochau, Hannig in Beuthen D. Schl., Knorr in Breslau, Schmundt in Graudenz, Cäsar in Arnswalde und Haarmann in Böhmisch Leipa den Charakter als Baurath und dem Gerichtsschreiber, Sekretär Nicolai zu Mühlhausen i. Th. und dem Gerichtsschreiber, Sekretär Schulz zu Stargard i. Pomm. bei ihrem Übertritt in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.

Die Kataster-Kontrolleure von Siegroth zu Sprottau und Gottwald zu Lauban sind zu Steuer-Inspectoren ernannt worden.

Der Regierungs- und Medizinal-Rath Dr. med. Noack ist der königlichen Regierung zu Oppeln überwiesen worden. Der bisherige kommissarische Kreis-Schulinspektor, Seminarlehrer Bacher in Rosenburg D.-S. ist zum Kreis-Schulinspektor ernannt worden. Den Lehrern Dr. Prätorius am Gymnasium zu Cottbus und Rautenberg am Gymnasium zu Dt. Crotone ist das Prädikat Professor und dem ordentlichen Lehrer Dr. Anger am Gymnasium zu Elbing das Prädikat Oberlehrer beigelegt worden. An der königlichen Akademie der Künste in Berlin ist der Bildhauer A. Henckel als Bibliothekar angestellt worden.

Dem Landrath Dr. jur. Freiherrn von Möller-Lilienstern ist das Landratsamt im Kreise Beckum übertragen worden. Bei dem Ministerium des Innern ist der Geheime Kanzlei-Assistent Jaurisch zum Geheimen Kanzlei-Sekretär ernannt worden.

Der Amtsrichter Dr. Teufel in Pribwall ist vom 1. Januar 1881 ab unter Zulassung zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht in Sommerfeld zum Notar im Bezirk des Kammergerichts mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sommerfeld, und der Rechtsanwalt Emmerich in Suhl zum Notar für die preußischen Gebietsteile im Bezirk des gemeinschaftlichen thüringischen Ober-Landesgerichts zu Jena, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Suhl, ernannt worden.

Der bisherige Bureau-Assistent Hoppe ist zum Geheimen Registrar, und die bisherigen Geheimen Kanzlei-Assistenten Giesecke und Thomas sind zu Geheimen Kanzlei-Sekretären ernannt worden.

Politische Übersicht.

Posen, 27. Dezember

Gegenüber einigen Mitteilungen des „Hamburger Korresp.“ bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die folgenden Berichtigungen:

„Zuerst ist die Rede davon, daß sich einige konservative Parteiführer nach Friedreichshafen begeben werden, um mit dem Reichskanzler eine Verständigung über die Frage des Steuererlasses anzubahnen. Weder den konservativen Parteiführern, noch dem Reichskanzler ist von einer solchen Absicht etwas bekannt. Sodann wird behauptet, Graf Limburg-Stirum habe nunmehr seine provisorische Stellung im auswärtigen Amt niedergelegt, Graf Hatzfeldt unternehmend Amtseintritt seiner neuen Stellung noch eine kurze Reihe, und der Geheime Legationsrat v. Bülow fungire inzwischen als interimistischer Leiter des auswärtigen Amtes. Hieran ist nicht ein einziges Wort richtig. Graf Limburg-Stirum hat nur einen Weihnachtsurlaub erhalten und übernimmt in vierzehn Tagen wieder die Leitung des auswärtigen Amtes, Graf Hatzfeldt geht temporär nach Konstantinopel zurück, und nicht Geheimrat v. Bülow, sondern Geheimrat Busch leitet inzwischen die Geschäfte.“

Die Uebersiedlung des Grafen Hatzfeldt nach Berlin wird hier in eine ziemliche Ferne gerückt. Wie man von anderer Seite berichtet, würden die nächsten Sommerferien des Reichskanzlers der Zeitpunkt sein, zu welchem der Botschafter in Konstantinopel die Leitung des auswärtigen Amtes übernehmen würde.

Der Entwurf des neuen Verwendungsgesetzes, den der Finanzminister in seiner Rede bei Vorlesung des Etats am 2. November binnen 10—14 Tagen in sichere Aussicht stellte, hat vielleicht in Folge der Bedenken, welche die kurzen Andeutungen des Ministers schon damals hervorriefen, in der Zwischenzeit wesentliche Änderungen erfahren. Vor Allem ist der Gedanke, auch die Klassensteuer von Einkommen über 1200—3000 Mark den Kreisen zu überweisen, dem Finanzminister gewissermaßen über Nacht gekommen. Durch diese Ueberweisung von Personalsteuern soll nach den Motiven die Ungleichheit, welche durch die Ueberweisung der Grund- u. Gebäudesteuer hervorgerufen wird, ausgeglichen werden. Die bloße Ueberwei-

sung der halben Grund- und Gebäudesteuer, heißt es in den Motiven, würde die von der Staatsregierung beabsichtigten Zwecke nicht in dem Maße erfüllen, als dies für die Entwicklung der Kommunen erforderlich ist. Leider hat der Finanzminister es unterlassen, der Vorlage eine Darstellung von den Wirkungen der Vorschläge auf die finanziellen Verhältnisse der Kreise beizufügen, und diese wichtige Arbeit den Abgeordneten überlassen. Welche Wirkung die Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer in den einzelnen Provinzen haben würde, hat der Abg. Rickert schon bei der ersten Verathung des Etats am 13. November aktenmäßig nachgewiesen. Nach den offiziellen Uebersichten pro 77—78 belief sich der Gesamtbetrag der Kreissteuern in der Provinz Ostpreußen auf 2,973,948 M.; die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer auf 1,491,632 M., in Westpreußen Kreissteuern 2,130,287, die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 1,282,134, in Pommern Kreissteuer 1,315,422, Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 1,786,041, in Posen Kreissteuer 1,884,241, Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 1,545,400, in Schlesien Kreissteuer 5,204,390, Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 3,663,695, in Sachsen Kreissteuer 1,989,235, Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 3,483,467, in Schleswig-Holstein Kreissteuer 584,525, Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 2,303,099, in Hannover Kreissteuer 3,542,391, Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 3,093,725, in Westfalen 1,145,907, Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 2,323,327, in Hessen-Nassau Kreissteuer 75,968, Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer 1,636,470, in der Rheinprovinz die Kreissteuer auf 2,565,196 M., die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer auf 4,930,375 Mark. Also haben bei der bloßen Ueberweisung der halben Grund- und Gebäudesteuer nur 4 Provinzen (Ost- und Westpreußen, Posen und Hannover) noch Kreissteuern zu erheben, während die übrigen an Ueberschüssen laboriren werden. Wie diese Ungleichheiten durch die Ueberweisung der Klassensteuer-Beträge ausgeglichen werden sollen, verstehen wir nicht; unserer Meinung nach werden die Ungleichheiten nur noch vergrößert, wenn auch noch 16 Millionen Mark Personalsteuern den Kreisverbänden zugesiesen sollen. Diese angebliche Entlastung der Klassensteuerpflichtigen hat in dem Plane des Finanzministers offenbar eine mehr dekorative Bedeutung. Erklären die Motive doch ausdrücklich, daß, wenn der Reichstag nicht 105 Millionen Mark bewilligt, die Reform auch mit 80 Millionen auszuführen sei; man müsse denn auf die Ueberweisung der Klassensteuern verzichten. Das Prinzip der distributiven Gerechtigkeit wird dann aus Gründen der Opportunität preisgegeben.

Der Gesetzentwurf betreffend den Erwerb und weiteren Ausbau der Rhein-Nahe-Eisenbahn ist soeben erschienen. Derselbe lautet in seinen wichtigsten drei ersten Bestimmungen wie folgt:

S. 1. Unter Genehmigung des beigedruckten Vertrags betreffend den Übergang des Rhein-Nahe-Eisenbahnunternehmens auf den Staat vom 17./25. November 1880 wird die Staatsregierung zur Ausgabe von Staatschuldverschreibungen in denjenigen Betrage ermächtigt, welcher erforderlich ist, um die Mittel 1) zur Deckung des an die Aktiengesellschaft der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft für die Abtretung ihres Aktienbesitzes an den Staat in Gemäßheit des Eingangs bezeichneten Vertrages zu zahlenden Kaufpreises von insgesamt 6,251,760 M.; 2) zur vervollständigung der Anlagen der Rhein-Nahe-Eisenbahn, insbesondere zur Durchführung des zweiten Gleis, bis zum Betrage von 3,750,000, zusammen von 10,001,760 M. aufzubringen, S. 2. Der Minister der öffentlichen Arbeiten und der Finanzminister werden ermächtigt, demnächst die Auflösung der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft nach Maßgabe des im § 1 bezeichneten Vertrages herbeizuführen und bei der Auflösung innerhalb der im § 1 unter 1 bezeichneten Summe den Kaufpreis für den Erwerb der Bahn zu zahlen. Der Finanzminister wird ferner ermächtigt, die bisher begebenen Anleihen dieser Gesellschaft zum Betrage von 24,750,000 M., soweit dieselben nicht inzwischen getilgt sind, zur Rückzahlung, bzw. zum Umtausche gegen Staatschuldverschreibungen zu kündigen, auch die hierzu erforderlichen Geldbeträge durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Staatschuldverschreibungen aufzubringen. S. 3. Neben die Ausführung der im § 2 getroffenen Bestimmung hat die Staatsregierung dem Landtage bei jedesmaliger Vorlage des Etats der Eisenbahnverwaltung Rechenschaft zu geben.

Der dem Gesetzentwurf beigelegte und schon bekannte Vertrag bestimmt in Art. 1, daß der Staat verpflichtet ist, spätestens vier Wochen nach Publikation des Vertrages in der Gesetzsammlung den Aktionären der Rhein-Nahe-Eisenbahngesellschaft gegen Abtretung ihrer Rechte, d. h. gegen Einlieferung ihrer Aktien nebst zugehörigen Talons und Dividendscheinen für das Betriebsjahr 1880 und folgende, einen Kaufpreis von 144 M. für je eine Stammaktie anzubieten und sofort nach Aushändigung der Aktien zu zahlen. Der weitere Inhalt entspricht im wesentlichen den übrigen Verträgen ähnlicher Art, welche in den letzten Jahren geschlossen worden sind.

Für den Volkswirtschaftsrath ist vorläufig nur das „Arbeiter-Versicherungsgesetz“ vorbereitet, dessen Fertigstellung im Besentlichen erfolgt ist. Es bestand die Absicht, den Entwurf, bevor er dem Volkswirtschaftsrath unterbreitet würde, zu veröffentlichen, um der Presse der verschiedenen Parteien Gelegenheit zu geben, sich zu äußern. Es scheint indessen davon Ab-

stand genommen zu sein. Wie man hört, soll der Volkswirtschaftsrath mit weiteren Angelegenheiten nicht befaßt werden. Wenn sich dies bestätigte, so würde namentlich die Angabe, daß demselben auch der Entwurf über die Zwangsimmobilien zugehen soll, hinfällig werden. Es ist daraus nicht zu folgern, daß der betreffende Entwurf überhaupt aufgegeben sei. Die „Trib.“ erfährt im Gegenteil, daß in Gemäßheit ihrer früheren Meldung ein Entwurf über Regulirung des Innungswesens im Anschluß an die bezüglichen Anträge der Konservativen aus dem vorigen Reichstage in der Bearbeitung begriffen sei. Auch soll der Entwurf womöglich dem nächsten Reichstage vorgelegt werden. Es sind indessen die Vorarbeiten noch zu weit im Rückstande, um auch äußerlich den Abschluß des Entwurfs bis zur Mitte des Januars zu ermöglichen.

Ein junger Hamburger, der erst Jura studirt, dann ein paar Jahre als Geschäftsmann im westlichen Mittelafrika zugebracht hat, Dr. Hübbe-Schleiden, fordert in einem „Ueberseeische Politik“ betitelten, etwas verworrenen Buche ein überseeisches Amt neben dem Auswärtigen Amt in Berlin. Es soll eine Art Kolonialministerium werden, bestimmt, nicht Kolonien zu verwalten, da wir ja noch keine haben, sondern Kolonien zu machen. Der Antragsteller trägt nur infofern den irdischen Verhältnissen Rechnung, daß er von sogenannten Ackerbaukolonien absieht, weil dafür eben vor Deutschlands Erscheinung auf dem Schauplatz „die Welt schon weggegeben“ war, sondern sich mit sogenannten Pflanzungskolonien, oder, wie er sagt, „Kultivations“ begnügt. Auf deutsch: er will nicht fremde Länder von Reichs wegen besiedelt und bevölkert sehen, denn dazu geeignete Gebiete von gemäßigtem Klima finden sich nirgends mehr in einiger Ausdehnung frei vor, sondern wir sollen uns Afrika's in möglichst weitem Umfange bemächtigen, um die Neger zu zivilisieren und aus ihrer Arbeit auf dem üppigen Boden Ernten zu ziehen, wie die Holländer in Java, die Engländer in Hindustan. Man hätte wünschen können, daß diese Idee von dem afrikakundigen Verfasser zu einem förmlichen diskutablen Projekt ausgearbeitet worden wäre. Oder soll ihn dafür der Reichskanzler erst in das neu zu begründende „überseeische Amt“ berufen? Allein wie früh oder spät auch dieser nothwendige weitere Schritt in der Gestaltung des Vorschlags gethan werden mag, so ist klar, daß es mit der oft begehrten „Organisation der Auswanderung“ auch hierbei wieder einmal nichts ist. Wenn die Neger die eigentliche Arbeit verrichten, Deutsche sie nur anstellen, beaufsichtigen, erziehen, drallen und regieren sollen, so sind die Massen der auswandern den Tagelöhner und Bauern in Afrika so wenig unterzubringen, wie auf den berühmten Samoa-Inseln. Nach wie vor werden sie dann nach den Vereinigten Staaten ziehen und dort, wie die landläufige Rede ist, „dem Vaterlande völlig verloren gehen“. Was die Weltgeschichte grade dort vielleicht mit ihnen vorhat, läßt sich ja gegenwärtig allerdings weder übersehen noch weißagen. Allenfalls ließe sich ein etwas stärkerer Nebenstrom als bisher nach dem gesunden Südbrafilien ableiten, wenn die preußische Staatsregierung, wie der bescheiden gewordene Dr. Fabri jetzt verlangt, ihr Verbot der Vermittlung der Emigration dorthin endlich aufhebt und eine Konkurrenz unter gleichen Bedingungen zuläßt. Aber die gewaltige Mehrzahl wird wohl nach wie vor in Newyork und Baltimore an's Land steigen. Dr. Hübbe-Schleiden giebt nichts an, was diesen Zustand ändern könnte.

Die einige Zeit hindurch ziemlich kleinlaut gewordene Doppelmahrung-Agitation in den Spalten der „Berl. Börsen-Ztg.“ beschäftigt sich neuerdings wieder eifrig mit der Frage einer Vermehrung der Scheidemünzen. Augenscheinlich verfolgt sie damit den Zweck, bei der Geschäftswelt den Glauben zu erwecken, als ob die Anhänger der Goldwährung mit allen Kräften für eine übermäßige Vermehrung unserer unterwertigen Scheidemünzen einträten, welche die Solidität unseres Münzumlaufs ernstlich gefährden würden. Da sie sich dabei auf wirkliche That-sachen nicht berufen kann, behilft sie sich mit einer mutigen Entstellung der Wahrheit, durch welche sie vielleicht sich zu Verwendungen zu empfehlen meint, die ihrem Ehrgeiz schmeicheln. So beruft man sich zunächst darauf, daß in der letzten Reichstagsession die Abgeordneten Bamberger und Delbrück für das Gesetz über die Vermehrung der Scheidemünzen gesprochen hätten. Verschwiegen wird aber kluglich, daß beide Abgeordnete gegen den Gesetzentwurf, der übrigens ausschließlich aus der Initiative der Reichsregierung hervorgegangen war, gewichtige Bedenken erhoben und ihre Zustimmung schließlich davon abhängig gemacht haben, daß ein Bedürfnis für die vorgeschlagenen Maßregeln sich herausstelle, daß ferner zur eventuellen Ausprägung neuer Scheidemünzen nicht, wie die Reichsregierung wollte, die noch in der Reichskasse befindlichen Silberbarren, sondern nur Thalerstücke verwendet würden, damit in jedem Falle eine wirkliche Vermehrung unseres jetzigen Umlaufs an Silbermünzen ausgegeschlossen bliebe. Der Abg. Bamberger legte hierbei besonderen Werth auf die Erklärung des Regierungsvertreters, daß es durchaus nicht die Absicht sei, sofort den ganzen Betrag von 2 Ml.

pro Kopf auszuprägen, sondern daß man nur allmälig, je nachdem das Bedürfniß sich zeigen werde, vorgehen wolle. Für Abgeordnete war also einerseits der Nachweis des Bedürfnisses, andererseits die strikte Wahrung der Solidität unseres Münzumlaufs der maßgebende Gesichtspunkt, beide perhorrescire jede Vermehrung der Scheidemünzen, die etwa vornehmlich im Interesse der Reichsfinanzen geplant werden möchte, mit allem Nachdruck. Genau auf denselben Standpunkt hat sich auch der deutsche Handelstag gestellt. Freilich schreibt auch hier der bimetallistische Agitator dreist in die Welt hinaus, „der Handelstag habe sich jüngst auf Soetbeer's Veranlassung für eine Vermehrung der Scheidemünzen erklärt.“ Der Handelstag hat aber wörtlich nur erklärt: „Falls sich das von manchen Seiten behauptete Bedürfniß nach einer Vermehrung der Reichsmünzen als dauernd vorhanden herausstellen sollte, so würde der Handelstag kein Bedenken in der Befriedigung dieses Bedürfnisses erblicken.“ Nur durch eine eklatante Vermehrung der Wahrheit kann ein solcher Besluß als „Erklärung für Vermehrung der Scheidemünzen“ ausgebeutet werden. Und diese im Grunde selbstverständliche Resolution, daß ein dauernd vorhandenes Bedürfniß unbedenklich befriedigt werden könne, ist auch gar nicht auf Veranlassung Soetbee's, sondern nur auf Veranlassung mehrerer, zum Überfluß auch noch der schützöllnerischen Richtung ergebener süddeutscher Handelskammern gefaßt worden, die in ihrem Geschäftskreis einen Mangel an Scheidemünzen zu empfinden behaupten. Wie man sieht, nährt sich auch in der Frage der Scheidemünzen die bimetallistische Agitation nur von handgreiflichen Unwahrheiten.

Neben die Produktion der deutschen Eisenwaren im Jahre 1879 enthält das neueste Heft der Statistik des deutschen Reiches eine bemerkenswerthe Zusammenstellung, aus welcher sich nicht nur die Höhe der Produktion, sondern auch der Anteil ergibt, der von dem verschmolzenen Eisenmaterial auf deutsches und auf ausländisches Roheisen entfällt. Die Produktion der Eisengießereien umfaßte 8,960,315 Ztr. und übertrifft demnach nicht nur die Produktion des Vorjahrs, welche 8,261,474 Ztr. betrug, sondern auch diejenige der Jahre 1877 und 1876; dagegen steht sie allerdings gegen die Produktion der Jahre 1872—1875, welche zwischen 10,482,743 Ztr. (1873) und 9,692,771 Ztr. (1875) schwankte, noch beträchtlich zurück. Von dem i. J. 1879 zur Gießerei verwendeten Eisenmaterial, nämlich 10,339,621 Ztr. Roh-, Guss- und Bruchisen, waren 5,150,855 Ztr. inländisches und 5,188,765 Ztr. ausländisches Produkt; das ausländische Roheisen z. c. machte also 50,2 pCt., das inländische 49,8 pCt. des Gesamtmaterials aus. Gegen das Vorjahr bedeutet dies eine kleine Zurückdrängung des ausländischen Roheisens, da i. J. 1878 das verschmolzene Material zu 51,5 pCt. aus ausländischem und zu 48,5 pCt. aus inländischem Eisen bestand. Im Jahre 1879 hat demnach die bereits in den früheren Jahren hervorgetretene Bewegung, die Zunahme der Verwendung deutschen Eisens bei der Herstellung von Gußwaren 2. Schmelzung, wiederum einen kleinen Fortschritt gemacht; das künstigste Vorrücken des deutschen Eisens fällt indessen in die Jahre 1876—1878, in denen insbesondere unter dem Druck der harten Zeit die Verbesserung der Fabrikation deutschen Gießerei-Roheisens energisch und, wie das Resultat gelehrt hat, mit Erfolg in die Hand genommen wurde. Soweit die seit 1877 veränderte Produktionsstatistik eine bestimmte Angabe enthält, partizipirte das ausländische, hauptsächlich englische Roheisen, bei dem in deutschen Gießereien verschmolzenen Material 1871 mit 54,4 pCt., 1872 mit 57,6 pCt., 1873 mit 58,1 pCt., 1874 mit 55,5 pCt., 1875 mit 56,8 pCt., 1876 mit 58,5 pCt.; wahrscheinlich ist der Prozentsatz indessen in diesen Jahren noch etwas größer gewesen. Die entscheidende Wendung trat mit dem Jahre 1877 ein, wo der Anteil des ausländischen Eisens auf 53,6 pCt. sank; für 1878 betrug er, wie bemerkt, 51,5 pCt. und für 1879 50,2 pCt. Die deutschen Gießereien haben also auch noch im letzten Jahre die volle Hälfte ihres Eisenbedarfs vom Auslande beziehen müssen. Dass sich mit den angeführten Zahlen ein merkbarer Einfluß des neuen Roheisenzolles, soweit die stärkere Verdrängung des Auslandes in Betracht kommt, nachweisen ließe, wird Niemand behaupten, da es sich hier um eine fortwährende Verbesserung der deutschen Gießerei-Roheisen-Produktion handelt, die gerade in den Jahren der Zollfreiheit ihren Ursprung und ihre hauptsächliche Entwicklung genommen hat.

Das Projekt des europäischen Schiedsgerichts zur Schlichtung der griechischen Frage findet, wie wir bereits in unserer Donnerstag-Frühnummer darzulegen bemüht waren, wohl bei den europäischen Mächten leicht Eingang, begann aber um so größeren Schwierigkeiten bei den beiden heiligsten Kabinetten. Der Vorschlag, so meldet „W. T. B.“, für die türkisch-griechische Frage durch schiedsgerichtlichen Ausspruch der sechs europäischen Großmächte beunruhigenden Eventualitäten vorzubeugen, dürfte als im Prinzip von allen Großmächten angenommen gelten. Über die Rauten betreffs der vorherigen Zustimmung Griechenlands und der Türkei, sowie über das Abstimmungsverfahren werden die Verhandlungen unter den Mächten wohl auch zu allseitiger Übereinstimmung führen. Sobald Alles formell in dieser Richtung erledigt ist, werden die Aufforderungen an die Türkei und Griechenland seitens der einzelnen Mächte erfolgen, wie denn auch für die weitere Behandlung der Angelegenheit die Korrespondenz von Macht zu Macht in Aussicht genommen ist, während die Form von Konferenzverhandlungen bis jetzt von keiner Seite angeregt ist. Das „Journal de St. Petersburg“ meldet ausdrücklich, daß die russische Regierung sich zu Gunsten des Projekts eines europäischen Schiedsgerichts ausgesprochen habe und zwar unter dem Vorbehalt, daß das Schiedsgericht von den streitenden Parteien angenommen werde, wobei die Letzteren von vornherein ihre Unterwerfung unter den Schiedsspruch zu versprechen hätten. Auch die „Agence Russ“ bestätigt, daß Russland dem Schiedsgerichtsvorschlag zugestimmt hat, unter der Voraussetzung, daß

die Türkei und Griechenland das bezügliche Verdikt acceptiren. Die „Agence“ führt weiter aus, daß der von Griechenland in der letzten Zeit erhobene Widerspruch sich nicht auf dieses Schiedsgerichtsprojekt beziehe, sondern auf das von der Pforte erhobene Verlangen einer Vermittelung der Mächte.

Um so entschiedener ablehnend verhält man sich freilich vorerst noch an den Höfen der heiligsten streitenden Mächte. Der türkische Ministerrat hat dem Vernehmen nach beschlossen, das Schiedsgericht eventuell abzulehnen und die in der türkischen Note vom 3. Oktober cr. zugestandenen Konzessionen aufrechtzuhalten. In Griechenland sprechen sich alle Journale gegen den Schiedsgerichtsvorschlag aus, dieselben betrachten die Entscheidung der Berliner Konferenz als eine obligatorische und sind der Ansicht, daß der Schiedsgerichtsvorschlag nur darauf hinauslaufe, die Frage zu verwirren, und daß eine Kriegserklärung nicht zu vermeiden sein werde. Die militärischen Vorbereitungen nehmen mit grossem Eifer ihren Fortgang, es sind mehrere militärische Lager gebildet, auch Lebensmittel und Vorräthe werden angekauft, um gegen 80,000 Mann an der Grenze verpflegten zu können. Wie verlautet, würde die Reserve demnächst zur Fahne einberufen. — Ein Berliner Korrespondent der prager „Bohemia“ konstatiert, daß die Türkei gegenwärtig in Frankreich, ebenso wie in Österreich und Deutschland auf Sympathien rechnen könne, die namentlich durch die letzte türkische Note bestätigt und bestätigt würden. Die Note habe in Berlin einen vortrefflichen Eindruck gemacht, und Deutschland werde Alles thun, um die Pforte gegenüber ihr weniger freundlichen Mächten zu unterstützen. Der Korrespondent folgert daraus, es würde die Pforte mit dem Schiedsgerichte kein schlechtes Geschäft machen, und politische Erwägungen könnten dazu führen, daß etwa vier Mächte der Türkei einen gewissen Schutz gewähren, welcher den weitgehenden griechischen Ansprüchen keineswegs entspräche. — Die „Times“ ist der Ansicht, daß, wenn die Türkei erklärt, sich dem Schiedsgericht zu beugen, so werde es nothwendig sein, den Griechen auf das Nachdrücklichste vorzustellen, daß sie der europäischen Ruhe nicht hindernd im Wege stehen dürfen, und daß der Umstand, daß sie bisher von den Türken nicht angegriffen worden, der beständigen und wachsamem Intervention Europas zu verdanken sei.

Die Lage der Engländer in Südafrika verschlimmert sich immer mehr, nunmehr wird auch die gerüchtweise bereits gemeldete Niederlage der englischen Truppen bei Middleburg bestätigt. Der Oberbefehlshaber der englischen Truppen in Natal meldet aus Durban vom 24.: Der Regimentsstab und 250 Mann des 94. Regiments, das sich auf dem Marsch nach Pretoria befand, sind von den Boers angegriffen und über den Haufen geworfen worden; 120 Mann wurden getötet, der Rest wurde zu Gefangenen gemacht, ein Lieutenant ist tot, der Oberst und zwei Kapitäns sind schwer verwundet, ein Kommissariatsoffizier wird vermisst, die Fahne ist gerettet. Der Oberbefehlshaber fordert die unverzügliche Absendung eines Regiments-Kavallerie und bemerkt, die Niederlage der englischen Truppen, welche die Boers ermutigte, werde die ganze Lage materiell ändern.

Das Kardinalskollegium brachte am Donnerstag dem Papst seine Glückwünsche zum Weihnachtsfest ein. Der Papst dankte und beklagte in seiner Antwort die Sprache, die von der seine jüngsten Ausführungen tadelnden Presse geführt werde, er könne nicht stumm bleiben, seine Klagen seien gerecht. Er müsse jetzt abermals klagen, da man neue Feindeligkeiten mit Gesetzentwürfen beginne, welche den Rechten und Lehren der Kirche zuwider seien, die Beseitigung der kirchlichen Zingeren bei frommen Werken bezwecken, das Kirchenpatrimonium bezüglich der Seelsorger berührten und die Scheidung einführten; durch die Einführung der Laien in die Kirchenverwaltung wolle man die Kirche in ihrer Konstitution verlieren. Er werde nicht aufhören, gegen solche Thatsachen zu reklamieren und die Freiheit und Unabhängigkeit des Papstthums zu verlangen.

In dem Prozeß der Frau v. Kaulla wider die Journale „Petit Parisien“, „Justice“, „Intransigeant“, „Evenement“ und „Mot d'Ordre“ wegen Verleumdung hat der Gerichtshof der Seine gegen den „Petit Parisien“ auf 300 Frs., gegen den Redakteur Iwan Woestyne auf 25 Frs. und gegen die vier übrigen Journale auf je 150 Frs. Geldbuße erkannt.

Vor einiger Zeit lief eine Nachricht durch die Presse, nach welcher der zum Unterstaatssekretär im türkischen Finanzministerium ernannte Regierungsrath Wettendorf aus Koblenz die Absicht haben sollte, den Pfortendienst aufzugeben und in die Heimat zurückzukehren, weil ihm türkischerseits das versprochene Gehalt nicht gezahlt werde. Hieran wurde dann die weitere Mitteilung geknüpft, der zum Justitiar im türkischen Ministerium des Auswärtigen bestimmte Staatsanwalt Geßher aus Köln habe unter diesen Umständen auf den Eintritt in türkische Dienste verzichtet. Beide Nachrichten sind falsch. Herr Wettendorf hat sein Gehalt durch die Banque Impériale Ottomane richtig erhalten und entwickelt eine fruchtbare Tätigkeit als Mitglied der Kommission zur Vorbereitung der Verhandlungen mit den Delegirten der auswärtigen Besitzer türkischer Schulverschreibungen sowie des Ausschusses zur Einführung von Reformen im Gebiete des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten. Der letzteren Kommission liegen augenblicklich Gegenstände von höchster Wichtigkeit für die industrielle Entwicklung des Landes vor, u. A. die Anlage von Quais und Docks am Goldenen Horn, von Werften und Leuchttürmen am Nothen Meere, von Eisenbahnen in Asien u. s. w. Was Herrn Geßher angeht, so reist dieser fähige Jurist, der in einer fünfjährigen Tätigkeit als Staatsanwalt sich in Köln allgemeine Anerkennung und Beliebtheit erworben hat, heute nach Konstantinopel ab, um von der ihm anvertrauten hervorragenden und verantwortungsvollen Stellung Besitz zu nehmen. Die Stellung dieser deutschen Beamten ist Angesichts der mannigfachen Hindernisse, die ihnen in den Weg gelegt werden, ungemein schwierig: die Mehrzahl der türkischen Beamten blickt mit neidischen Augen

auf die Eindringlinge, und England und Frankreich, die den Orient bisher als ihr ureigenstes Gebiet für Reformpläne und als Versorgungsfeld für protegierte, aber im eigenen Lande unmöglich gewordene Beamten und Offiziere anzusehen gewohnt waren, können sich nicht mit dem Gedanken vertraut machen, den früheren Einfluß in dieser Beziehung jetzt an Deutschland abzutreten. Hoffen wir, daß es der Tüchtigkeit, dem Fleiß und der Ehrlichkeit unserer Landsleute trotzdem gelingen werde, das in sie gesetzte Vertrauen auch durch bahnbrechende Thaten zu rechtfestigen, der Türkei wirkliche Dienste zu leisten und sich als wahre „Kulturträger nach Osten“ zu erweisen. Unterstützt werden die deutschen Reformator in jeder Weise durch den Großherrn selbst, aus dessen eigenem Antriebe die Berufung deutscher Elemente auf die Pforte erfolgt ist. Der Sultan wartet mit Sehnsucht auf die Ankunft der deutschen Beamten — außer Geßher ist bekanntlich auch noch ein Steuerbeamter aus dem Elsaß nach Stambul berufen —, und hat dem deutschen Botschafter, Grafen Hatzfeld, erst neulich versichert, die „deutsche Mission“ sei seine persönliche Angelegenheit, und er habe dafür gesorgt, daß nicht nur während seines Lebens, sondern für den Fall seines Todes auch von Seiten seines Nachfolgers die von der Türkei gegen die deutschen Beamten übernommenen Verpflichtungen nach jeder Richtung hin aufs Pünktlichste erfüllt würden.

In Tunis scheinen sich trotz aller Ableugnungen von Seiten der offiziösen Presse Ereignisse von Wichtigkeit vorzubereiten. Die schon längst zwischen Frankreich und Italien herrschende Rivalität schien noch unlängst mit einem Siege der Franzosen ihren Abschluß zu erhalten, die auch jetzt noch von Algerien aus die militärische Operation vorbereitet. Bemerkenswert ist, daß der in Algier erscheinende „Bevamma“ ausdrücklich erklärt, er vermöchte noch weitere Details über die tunesische Frage anzugeben, sei aber ersucht worden, „aus Gründen des allgemeinen Interesses jede Mitteilung in dieser Hinsicht einzustellen“. Die Frage hat sich inzwischen aber dadurch kompliziert, daß auch England angebliche Interessen in Tunis geltend machen soll. Hierüber liegt eine ausführliche telegraphische Mitteilung der „Times“ aus Rom vom 20. Dezember vor, welche über den Stand der Angelegenheit Folgendes berichtet:

Nach hier eingetroffenen Nachrichten hat die jüngste Schwierigkeit, welche sich zwischen dem Bey von Tunis und der französischen Regierung in Folge der Weigerung des Bey's erhoben hat, den Vertrag zu ratifizieren, durch welchen Khereddin Pascha Grundbesitz von einer so ungeheuren Ausdehnung, das einer großen Provinz gleichkommt, an die Société Marseillaise abtritt, eine neue Gestalt angenommen, durch welche auch englische Interessen in Frage gestellt werden. Kraft eines religiösen Localgesetzes, welches „soela“ heißt, hat der Eigentümer eines Grundstücks, welches an ein zum Verkauf gestelltes grenzt, ein Verkaufsrecht zu demselben Preise und unter denselben Bedingungen; ein Recht, welches, soweit es Fremde betrifft, durch Verträge garantiert ist. Wie es scheint, hat nun ein britischer Unterthan, Mr. Levy, Eigentümer eines an dem in Frage stehenden Besitz angrenzenden Grundstücks, kraft des erwähnten Gesetzes den Bey und dem britischen Konsul die formelle Erläuterung seiner Absicht übermittelt, Käufer des Besitzes unter denselben Bedingungen mit der Société Marseillaise zu werden. Diese Thatsachen sind noch nicht allgemein bekannt, aber diejenigen, welche sie kennen, erwarten mit Spannung, was sich aus dieser Kollision von Interessen ergeben könnte, und was England thun würde, sollten die Interessen eines seiner durch Verträge geschützten Bürger gefährdet werden. Obgleich Italien nicht direkt betroffen ist, kann doch als ausgemachte Sache gelten, daß das selbst ein großer Ausbruch des Unwillens erfolgen würde, sollte das erwähnte alte Gesetz zu Gunsten einer benachbarten Macht bei Seite gesetzt werden, denn ungeachtet der von pariser Blättern gebrachten Dementis wird die Thatsache bestätigt, daß französische Truppen an der tunesischen Grenze konzentriert werden. Es wird versichert, daß 8000 Mann in Soudara versammelt sind und es wird mit Argwohn bemerkt, daß die Panzerkorvette „Jeanne d'Arc“ stationär in Tunis bleibt.

Die von der „Times“ in Aussicht gestellte Intervention Englands hat in Frankreich unangenehm berührt. Dem Hinweise der „Times“ gegenüber, daß der von einer französischen Gesellschaft in Tunis geplante Ankauf ausgedehnten Grundbesitz mit den vertragmäßig gewährleisteten Rechten eines englischen Unterthanen kollidiere, dem im vorliegenden Falle kraft des Localgesetzes Cheffaa ein Verkaufsrecht zustehe, führt der „Temp“ Folgendes aus:

In der muselmännischen Gesetzgebung ist Cheffaa das Vorkaufsrecht, welches die Mitglieder einer Familie und selbst eines Stammes hinsichtlich von einem Mitgliede dieses Stammes oder dieser Familie aus Verkaufe gestellten Grundgegenwerten besitzen. Dieses Recht ist vom muselmännischen Gesetzgeber gewährt worden, um einen Fremden zu verbünden, die Einheit der Familie oder des Stammes zu verleben, indem er wider deren Willen durch einen Ankauf von Land in ihr Territorium eindringt. Der Cheffaa ist unerlässlich für Kaufsrecht bei Kaufmännern analog. Wir haben das Recht des Cheffaa in Algerien bestätigt. Dieses Recht besteht ancheinend noch in Tunis; es ist aber in den vorliegenden Fall nicht anwendbar. Der Grundbesitz von Khair-d-Dine bildet keinen Bestandteil des Territoriums eines Stammes. Wäre dies aber selbst der Fall, so könnte das Recht Cheffaa nur zum Vorteil des Stammes selbst und durch eines seiner Mitglieder ausgenutzt werden. Das Recht hat die Blutsverwandtschaft der Familie oder des Stammes, nicht aber die Nachbarschaft zur Grundlage. Das muselmännische Stammbesitz Cheffaa steht also nicht einem Fremden, Mr. Levy, zu, der dem muselmännischen Stamm nicht angehört. Außerdem besteht es sich auf das Gesamteigentum und nicht auf das individuelle Eigentum, wie es dasjenige des Khair-d-Dine ist.

Der Eifer, mit welchem der „Temp“ und die „Times“ um die Wette tunisische Rechtsverhältnisse erörtern, muß allerdings einigermaßen verdächtig erscheinen, wenn man den politischen Hintergrund ins Auge faßt. In der That handelt es sich für England und Frankreich lediglich um eine Erweiterung ihrer Machtphäre im mittelägyptischen Meere, so daß die hervorgehobenen Privatinteressen nur vorgeschoßen erscheinen. Zum Überfluß darf man sich darauf gefaßt machen, daß auch Italien mit seiner Interpretation des muselmännischen Cheffaa nicht zurückhalten wird.

Der russische „Regierungsbote“ erklärt die Nachricht Petersburger Zeitungen über die Feststellung der Einkommenssteuer in Russland als verfrüht, da der Finanzminister noch keine endgültige Entscheidung getroffen habe. — Dem „Herold“ zufolge wird der russische Gesandte am griechischen Hofe, Kammerherr Schischkin, in der nächsten Zeit in Petersburg erwartet.

Die protestantische Geistlichkeit der Vereinigten Staaten beginnt gegen das Treiben des Hofsprechers Stöcker Stellung zu nehmen. Der "Newark Times" zufolge ist gegenwärtig in Amerika eine weitverbreitete Bewegung im Gange, um von den Kanzeln im Lande gegen die antisemitische Agitation in Deutschland Protest einzulegen. Am Sonntag Morgen berührten drei New Yorker hervorragende Geistliche der Episkopals- und presbyterianischen Kirche in ihren Predigten den Gegenstand. Pastor Heber Newton meinte, daß die öffentliche Meinung im entferntesten Theile der Christenheit gegen eine solche Verfolgung gerichtet werden sollte, und daß das christliche Amerika sein Verdammungsurtheil über ein solches Gebahren über den atlantischen Ozean erschallen lassen und im Namen der Freiheit dagegen protestieren sollte. Pastor Catton Smith sprach von der Wiederbelebung des mittelalterlichen Fanatismus gegen eine Race, die in der Literatur, Kunst und Religion unschäbare Segnungen über die Menschheit gebracht habe. Dr. Bevan charakterisierte die Agitation als einen Verath gegen die christliche Kirche und brachte Erstaunen darüber aus, daß ein so hoch zivilisiertes Volk, wie die Deutschen, eine Rückkehr zu barbarischen Anschauungen unter sich dulde. Die Prediger Henry Ward Beecher und Robert Collyer haben ihre Absicht kundgegeben, nächsten Sonntag über den Gegenstand zu sprechen.

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 26. Dezember.

— Abgeordneter Dr. Lasker ist von seiner Reise nach Italien am Donnerstag wieder in Berlin eingetroffen. — Über einen Besuch, welchen auf den Schlachtfeldern von Loigny die Herren Professor Hünten und Hauptmann von Poser-Nädlitz beabsichtigen zu dem Bilde des Gefechts von Loigny gemacht haben, erfährt die "Welt. Ztg." folgende interessante Einzelheiten: Eine offizielle Unterstützung der Reisenden kommt mit Rücksicht auf vorangegangene Fälle nicht wohl von der französischen Regierung gefordert werden, doch geschah privat Alles, was ihnen nützen konnte. Die Stimmung aber war bei den Landleuten in der Umgegend von Loigny äußerst verbittert. Am 2. Dezember hatte die Einweihung einer zum Andenken an die auf jenen Schlachtfeldern gefallenen Franzosen errichteten Kapelle stattgefunden, und die Plakate, welche die Bevölkerung zur Theilnahme einluden, hatten die Gemüther wieder bestigt aufgeweckt, indem von den Preußen vielerlei abscheuliche Dinge erzählt waren. So geschah es, daß die Reisenden bald von ausgeregneten Menschen beobachtet und umringt waren. Es gelang indeß dem Maler Professor Hünten, in kurzer Zeit eine in jeder Beziehung genügende Terrainskizze zu entwerfen, und nachdem dies erreicht war, hielten die Reisenden es für das Gerechte, ohne Aufsehen zu erregen nach Orleans zurückzufahren. Bezeichnend ist, daß der Kutscher des in Orleans gemieteten Wagens sich weigerte, die deutschen Reisenden zu fahren, so daß einer von ihnen die Zügel selbst ergreifen mußte. In Loigny und den umliegenden Dörfern waren die Spuren des Kampfes, der dort vor zehn Jahren stattgefunden hatte, noch nicht verwischt oder vielmehr sorgfältig erhalten; die Stellen, wo Kugeln und Granaten damals in die Mauern eingeschlagen waren, sind noch heute kenntlich, da sie nicht gründlich ausgebessert, sondern leicht überdeckt worden sind.

Locales und Provizielles.

Posen, 27. Dezember.

1. Die Bestattung der Leiche des Fürsten Adam Czartoryski fand am 23. d. Mts. in Kröben in der Familiengruft, welche sich in der dortigen katholischen Kirche befindet, statt. Der Trauerfeier wohnten bei, die Familie des Verstorbenen: die Fürstin Czartoryska mit ihren Söhnen, die Fürstin Marcelina und der Fürst Konstantin Czartoryski, ferner Fürst Ferdinand Radziwill nebst Gemahlin aus Antonin, Fürst Karl Radziwill (aus Litauen), die Grafen Grudziński, Złotomski, Szolczański und Myszczański und zahlreiche andere polnische Adelige u. r. Nachdem 30 Geistliche die Vigilien gesungen, feierte die Trauermesse der Schwestern des Verstorbenen, Bifar Prinz Radziwill, worauf Prälat Lisowski aus Posen die Trauerrede hielt. Nach derselben erhoben die Söhne des Verstorbenen und andere junge Adelige den Sarg vom Katafalk, und trugen denselben nach der Gruft, wo er beigesetzt wurde.

— Auf der Wanderschaft verunglückt. Wie berliner Blättern aus Erkner (Provinz Brandenburg) berichtet wird, fand am Dienstag Abend der Wärter von Bude 33 zwischen Fangschleuse und Erkner auf den Schienen einen jungen Mann mit abgefahrenem Fuß liegend vor. Seinen Angaben nach war es ein auf der Wanderschaft begriffener Schneidergeselle aus dem Posen'schen. Wegen verauslagten Fahrgeldes sei er mit einigen mitreisenden Handwerksbüchsen in Streit gerathen und von einem derselben während der Fahrt von der Außenplattform heruntergestoßen worden. Der Verunglückte wurde nach Fürstenwalde geschafft.

2. Schwarzenau, 22. Dezbr. [Eigenhändig selbstd. Volkszählung.] Einen Selbstmord unter sehr eigenständlichen Umständen beging gestern der Gutsbesitzer von Szczelićki. In der ersten Stunde des Vormittags fuhr von Szczelićki vor dem Palais des Grafen Skorzenewski auf Czerniejewo Dorf vor. Er ließ sich durch einen Diener anmelden und wurde alsdann eingelassen. Der Graf empfing ihn in seinem Empfangszimmer und nachdem er auf Wunsch des Grafen sich auf einen Fauteuil niedergelassen, begann er, in Folge der voraufgegangenen mehrfachen Mahnungen von Seiten des gräßlichen General-Bevollmächtigten wegen Zahlung der bereits fällig gewordenen halbjährlichen Pacht, welche 12,000 Mtl. ausmachte, eine Unterredung mit demselben in dieser Angelegenheit und beantragte eine noch längere Zahlungsfrist. Als der Graf aber eine längere Stundung unter allen Umständen verneigte und die Notwendigkeit der demnächstigen Einsetzung einer Sequesteration für unabsehbar aussprach, erklärte von Szczelićki, daß in solchem Falle er sich sein Leben nehmen werde und griff bei diesen Worten in seine Rocktasche, aus welcher er einen geladenen Revolver hervorzog. Der Graf, dies bemerkend, verließ eiligst das Zimmer und in diesem Augenblicke feuerte von Szczelićki ab und schoß sich eine Kugel in den Mund. Der herbeigefeuerte Arzt konstatierte den eingetretenen Tod. Der Polizei wurde von diesem Vorfall schnellstens Anzeige gemacht und es erschien sogleich auch der Magistrat, welcher den Thatbestand feststellte. Die königl. Staatsanwaltschaft wurde hierauf mittelst Etsafette benachrichtigt. Unsere Stadt hat nach der Volkszählung vom 1. dieses Mts. 1600 Einwohner, 100 mehr als im Jahre 1875.

Permittees.

* George Eliot †. Die bekannte englische Romanschriftstellerin George Eliot ist in der Nacht vom 22. zum 23. Dezember in London gestorben.

* Berlin. [Selbstmord auf dem Weihnachtsmarkt.] Die Besitzerin einer Marktbude auf dem Schloßplatz wurde vor einigen Tagen, nachdem man die Thür der Bude gewaltsam erbrochen hatte, in derselben erhängt gefunden. Die Leichenstarre war bereits einge-

treten, so daß Wiederbelebungsversuche nicht erst vorgenommen wurden. Auf einem in der Bude gefundenen und mit Bleistift geschriebenen Zettel steht die Unglückliche an, daß die Verweisung über das diesjährige, außnahmsweise schlechte Weihnachtsgeschäft sie zu der verzweifelten That getrieben habe. Die Leiche ist nach dem Obduktionshause geschafft worden.

Telegraphische Nachrichten.

Weimar, 25. Dezember. Der Reichstagsabgeordnete für Weimar, v. Schwendler, ist heute früh nach längerer Krankheit gestorben.

Bern, 26. Dezbr. Der für das Jahr 1881 zum Bundespräsidenten gewählte Bundesrat Andermatt hat sich gestern Abend erschossen.

Paris, 24. Dezember. Der Senat genehmigte das gesammte Einnahme-Budget mit Einschluß der das Amendement Brisson enthaltenden Artikel, zu welchen mehrere erhebliche Änderungen beschlossen wurden. Die nächste Sitzung findet am Montag statt. — Die Deputirtenkammer hat den Rest des Gesetzentwurfs über den obligatorischen Primärunterricht angenommen und das ganze Gesetz hierauf genehmigt.

Athen, 24. Dezember. Die Großfürstin Alexandra Petrowna wird hier erwartet. Der Admiral Craemer ist von Neapel hier eingetroffen.

London, 23. Dezember. Die "Pall Mall Gazette" hält das Gericht von der Demission des Bismarck, Lord Ripon, zum Mindesten für verfrüht.

London, 25. Dezember. Nach der "London Gazette" ist an dem Süden von Haisbro Sand ein Feuerschiff aufgestellt worden, wofür alle dasselbe passirenden Seefahrer eine Abgabe von $\frac{1}{4}$ Penny per Ton, die Küstenfahrer aber $\frac{1}{10}$ Penny per Ton zu entrichten haben.

Petersburg, 25. Dezbr. Die Erhöhung der Importzölle um 10 p.C. ist genehmigt. Die betreffenden, demnächst zu publizirenden Bestimmungen hierüber, sowie über Herabsetzung des Salzimportzolls treten gleichmäßig mit dem neuen Jahre in Kraft.

Petersburg, 26. Dezbr. Die Meldung des "Herold" aus Dreschow, nach welcher in der Nähe der Station Slawgorod der Losow-Sebastopol Eisenbahn in einer Scheune ein Tunnel entdeckt sein sollte, wird offiziell als unwahr bezeichnet. — Telegramme aus Kischineff und Odessa melden, daß dort gestern Abend um 7 Uhr ein ziemlich heftiges, eine Sekunde anhaltendes Erdbeben stattgefunden hat.

Berlin, 24. Dezember. S. M. Kanonenboot "Wolf", 4 Geschütze, Kommandant Kapitän. Strauß, ist am 2. November cr. in Tientin, S. M. S. "Victoria" 10 Geschütze, Kommandant Korvpt. Valois, am 23. Dezember cr. in Gibraltar eingetroffen. S. M. Kanonenboot "Hyäne", 4 Geschütze, Kommandant Kapitän v. Glöden, hat am 20. Oktober cr. in Auckland gelandet.

Athen, 26. Dezember. Die Kammer genehmigte in dritter Lesung die Konvention bezüglich der bairischen Schuld. Kommunduros erklärte anlässlich der Schiedsgerichts-Frage den Vertretern der Mächte gegenüber, Griechenland müsse auf dem durch einstimmige Entscheidung der Mächte auf der Berliner Konferenz geschaffenen Standpunkt verharren.

Verantwortlicher Redakteur H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Sprechsaal.

Herr Hansen.

Wir beabsichtigten, den Hypnotiker, Herrn Hansen, zu einer Vorstellung im engeren Kreise zu veranlassen, und wandten uns deshalb Freitag früh an den Besitzer des Volksgarten-Theaters, Herrn Heilbron. Von diesem Herrn erhielten wir nun gestern (Sonntag) Vormittag folgende Antwort:

Geehrter Herr!

Auf Ihre werte Anfrage betreff des Herrn Professor Hansen erwidere Ihnen ergebenst, daß derselbe, da er bereits Verpflichtungen nach Petersburg eingegangen war, dorthin abgereist ist und erst im Oktober f. J. hierher zurückkommen wird, wo er den Anfeindungen mit aller Energie entgegentreten wird.

Hochachtungsvoll

B. Heilbronn.

Wir werden also unsere Sehnsucht, durch eigene Erfahrung in Besitz der Wahrheit und namenlich der Gewissheit darüber zu gelangen, ob und was an den Hansen'schen Vorstellungen bloßer Schein ist, noch ein Dreivierteljahr hindurch mit uns herumtragen müssen. Inzwischen sind uns aber verschiedene interessante Mitteilungen von Medien, resp. eine Zuschrift über ein solches zugegangen. Die letztere theilen wir im Folgenden mit, indem wir auf Wunsch des uns wohl bekannten hochachtbaren Einsenders dessen Namen weglassen:

Zu dem von Ihnen in der heutigen Morgenzeitung gebrachten Referat über die Hansen-Vorstellung, erlaube ich mir Ihnen hiermit ganz ergebenst folgendes mitzutheilen:

Ich besuchte am Mittwoch Abend die Vorstellung des Herrn Hansen, wo mir, wie so vielen andern, die meisten der Experimente wirklich als Humbug erschienen. Um mich nun zu überzeugen, daß die Meiden des Herrn Hansen nicht etwa im Einverständnis mit demselben stehen, beschloß ich, die gestrige Vorstellung wieder zu besuchen, und nahm mir zur Erprobung und Sicherstellung des Wahrs, einen bei mir im Dienst stehenden jungen Mann mit. Letzterem theilte ich diese meine Absicht erst $\frac{1}{2}$ Uhr Abends mit, es ist also ein vorher getroffenes Abkommen zwischen demselben und Herrn Hansen absolut unmöglich. Um $\frac{1}{2}$ Uhr, bis zu welcher Zeit sich der junge Mann unter dem Publikum im Saal aufgehalten (um 8 Uhr war er überhaupt nach dem Theater erst hinzugekommen) ging derselbe nun mit all den vielen andern auf die Bühne zu Herrn Hansen, von welcher Zeit an, ich ihn ebenfalls stets im Auge behielt, also auch da ist hemlich nichts mit ihm vorgenommen worden.

Nun zu Nr. 2 des in Ihrem geschätzten Referat als Humbug bezeichneten Experiments der Starrsucht:

Grade mein Abgesandter schien dem Herrn Hansen als ganz besonders empfänglich und geeignet zu erscheinen, da er mit ihm verschiedene Experimente vornahm, unter andern auch das der Erzeugung der Starrsucht zu meiner ganz besonderen Freude, denn gerade bei diesem war mein Zweifel am stärksten gewesen, ist aber in jeder Beziehung bestigt worden, da dieses Experiment ein allseitig gelungenes war und ich die feste Überzeugung hatte und habe, mit meinem Hypnotisten keinen Schwindler und Simulant vor mir zu haben. Der junge Mann hat, wie ich es genau weiß, nie vorher mit Herrn Hansen gesprochen oder ihn auch nur gesehen, er ist also in der That

ein denselben vollständig unbekanntes Individuum gewesen, als ihn Herr Hansen für seine Experimente auswählte.

Schließlich bemerke ich noch, daß ich selbst ganz unbeteiligt an dem Erfolg oder Mißerfolg der Hansen'schen Experimente war und bin, und daß ich, lediglich um mir und meinen Freunden persönlich eine Gewissheit, sei es der Wahrheit oder Unwahrheit, zu verschaffen, mir meinen vorerwähnten Mann mitnahm.

Die Publikation weiterer Zuschriften kann des Raumes wegen in dieser Nummer noch nicht stattfinden.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Courie.

Frankfurt a. M., 24. Dezember. (Schluß-Course.) Still. Lond. Wechsel 20,38. Partner do. 80,60. Wiener do. 171,67. R.-T. St. A. 148 $\frac{1}{2}$. Rheinische do. 159 $\frac{1}{2}$. Hess. Ludwigsb. 94 $\frac{1}{2}$. R.-M.-Pr.-Anth. 129 $\frac{1}{2}$. Reichsarl. 100 $\frac{1}{2}$. Reichsbank 147 $\frac{1}{2}$. Darmstb. 184. Steininger 8, 96 $\frac{1}{2}$. Ostf.-ung. Bl. 70,150. Kreditanst. 246 $\frac{1}{2}$. Silberrente 68. Papierrente 62 $\frac{1}{2}$. Goldrente 75 $\frac{1}{2}$. Ung. Goldrente 94 $\frac{1}{2}$. 1860er Loope 122 $\frac{1}{2}$. 1860er Loope 307,20. Ung. Staatsl. 212,40. do. Ostb.-Ost. II. 85 $\frac{1}{2}$. Böhm. Westbahn 214 $\frac{1}{2}$. Elisabethb. 176. Nordwestb. 163 $\frac{1}{2}$. Galizier 240 $\frac{1}{2}$. Franzosen $\frac{1}{2}$ 239 $\frac{1}{2}$. Lombarden $\frac{1}{2}$ 84. Italien $\frac{1}{2}$ 1877er Russen 92 $\frac{1}{2}$. 1880er Russen 71 $\frac{1}{2}$. II. Orientl. 57 $\frac{1}{2}$. Centr.-Pacific 112 $\frac{1}{2}$. Distrikto-Kommandit —. Elbtalbahn —. Nach Schluß der Börse: Kreditanst. 246 $\frac{1}{2}$. Franzosen 239 $\frac{1}{2}$. Galizier 241 $\frac{1}{2}$. ungar. Goldrente —. II. Orientale —. 1860er Loope —. III. Orientale —. Lombarden —. Schweizer. Zentralbahn —. Mainz-Ludwigshafen —. 1877er Russen —. Böhm. Westb. —.

*) per medio resp. per ultimo.

Frankfurt a. M., 24. Dezember. Effeten-Sozietät. Kreditanst. 246 $\frac{1}{2}$. Franzosen —. Lombarden 84 $\frac{1}{2}$. 1860er Loope —. Galizier —. Österreich. Goldrente 75 $\frac{1}{2}$. ungarische Goldrente 94 $\frac{1}{2}$. II. Orientale —. österr. Silberrente 63. Papierrente —. III. Orientale —. 1877er Russen —. Steininger Bank —. Ziemiß fest.

Wien, 24. Dezember. (Schluß-Course.) Feiertagsstille. Spekulationspapiere vernachlässigt, Nebenwerthe, theilweise auch Bahnen mehr gefragt, Renten ruhig.

Papierrente 72,95. Silberrente 73,80. Österr. Goldrente 87,80. Ungarische Goldrente 110,55. 1854er Loope 122,50. 1860er Loope 131,00. 1864er Loope 171,25. Kreditloose 183,00. Ungar. Prämienl. 107,25. Kreditanst. 287,60. Franzosen 279,00. Lombarden 98,00. Galizier 280,50. Kasch.-Oderb. 132,50. Pardubitzer 138,50. Nordwestbahn 192,50. Elisabethbahn 205,00. Nordbahn 249,00. Österreich. ungar. Bank —. Türk. Loope —. Unionbank 114,50. Anglo-Austr. 129,00. Wiener Bankverein 139,00. Ungar. Kredit 263,25. Deutsche Platte 57,60. Londoner Wechsel 117,80. Pariser do. 46,50. Amsterdamer do. 97,05. Kapoleons 9,38. Dukaten 5,59. Silber 100,00. Marknoten 58,22 $\frac{1}{2}$. Russische Marknoten 1,20 $\frac{1}{2}$. Lemberg-Ezernowitz 173,20. Kronpr.-Rudolf 165,50. Franz-Josef 180,50.

4 prozent. ungar. Bodencredit-Pfandbriefe —. Elbthal 238,75.

Nach Schluß der Börse: Anglo-Austria —. Fest.

Paris, 24. Dezember. (Schluß-Course.) Fest. 3 prozent. amortis. Rente 87,25. 3 prozent. Rente 84,80. Anleihe de 1872 119,30. Italiensche 5 prozent. Rente 88,05. Österr. Goldrente 75 $\frac{1}{2}$. Ungar. Goldrente 97. Russen de 1877 96 $\frac{1}{2}$. Franzosen 608,75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 215,00. Lomb. Prioritäten 275,00. Türken de 1865 12,42 $\frac{1}{2}$. 6 prozent. rumänische Rente —.

Kredit mobilier 688,00. Spanier erster. 214 $\frac{1}{2}$. do. inter. 20 $\frac{1}{2}$. Suezkanal-Aktien —. Banque ottomane 551,00. Societe gen. 610,00. Credit foncier 1438,00. Capiter 352,00. Banque de Paris 116,00. Banque des Comptes 818,00. Banque hypothecaire 610,00. III. Orientale 58 $\frac{1}{2}$. Türkenloose 39,25. Londoner Wechsel 25,31. 5 prozent. Rumänische Anleihe —. Panama-Aktien —.

Florenz, 24. Dezbr. 5 p.C. Italienische Rente 90,82. Gold 20,58. London, 24. Dezbr. Consols 98 $\frac{1}{2}$. Italienische 5 prozent. Rente 87,7. 5 prozent. Rente 84,80. 3 prozent. Rente 88,05. Österr. Goldrente 75 $\frac{1}{2}$. Ungar. Goldrente 97. Russen de 1877 96 $\frac{1}{2}$. Franzosen 608,75. Lombardische Eisenbahn-Aktien 215,00. Lomb. Prioritäten 275,00. Türken de 1865 12,42 $\frac{1}{2}$. 6 prozent. rumänische Rente —.

Credit mobilier 688,00. Spanier erster. 214 $\frac{1}{2}$. do. inter. 20 $\frac{1}{2}$. Suezkan

Produkten - Börse.

Berlin, 24. Dezember. Wind: WSW. Wetter: Fast warm. Weizen per 1000 Kilo loko 183—235 M. nach Qualität gefordert, f. weißer Uferm. — M. ab Bahn bez., gelber — M. ger. weiß. Polnischer — M. ab Bahn bezahlt, per Dezember 203 bezahlt, per Dezember-Januar — bez., per April-Mai 208—209—208½ bez., Mai-Juni 209—210—209½ bez., Juni-Juli 210 bis 210½ b. Gef. 7000 Tr. Regulierungspreis 203 M. — Roggen per 1000 Kilo loko 200—215 M. nach Qualität gef. russischer — ab Kahn bez., inländischer 207—212 ab Bahn bez., defekt. — M. ab Kahn bez., polnischer m. etw. Geruch — M. ab Kahn bez., per Dezember 214—214½—214½ bez., per Dezember-Januar 209—209½—208 bez., Januar-Februar — bez., April-Mai 198—199—198½ bez., Mai-Juni — bez., Juni-Juli 187—188—188½ bez. Gefündigt 16000 Tr. Regulierungspreis 214 M. — Gerste per 1000 Kilo loko 145—200 nach Qualität gefordert. — Hafer per 1000 Kilo loko 145—168 nach Qualität gefordert, russischer 150—154 bezahlt, ost- und westpreußischer 150—155 bez., pommerischer und mecklenburgischer 153 bis 156 M. bez., schlesischer 150—156 bez., böhmischer 150—156 bez., per Dezember 152 M. — Dez-Januar — bez., April-Mai 152 M. — Mai-Juni 152½ M. bez. Gefündigt 1000 Bentner. Regulierungspreis 151½ M. — Erbsen per 1000 Kilo Kochware 183—215 M. Futterwaare 172—182 M. — Mais per 1000 Kilo loko 141—144 M. nom. nach Qualität gef. per Dezember 141 M. — Roggen per Januar 141½ M. — April-Mai 132 M. bez., per Mai-Juni 131 M. — rumänischer — ab Bahn bez., amerikanischer — ab Bahn bez. Gefündigt — Bentner. Regulierungspreis — M. — Weizen in el per 100 Kilogr. brutto 09: 30,50—29,00 M. — 0: 29,00 bis 28,00 M. — 0/1: 28,00 bis 27,00 M. — Roggenmehl inkl.

Berlin, 24. Dezember. Zur Berichterstattung bot der Verlauf der heutigen Börse so gut wie gar keinen Stoff. Die bevorstehende zweitägige Pause nimmt der Spekulation all und jede Unternehmungslust und das Privatpublikum ist viel zu sehr mit den Vorbereitungen zum Feste beschäftigt, um Aufträge an die Börse geben zu können. Von den auswärtigen Plätzen einlangende Börsendepeschen bieten eben so wenig Anregungspunkte. Von Wien lagen schwächere Notirungen vor, die mit der Meldung motiviert wurden, daß die Kreditanstalt sich an der Begehung der Ungarischen Papierrente nicht beteiligen werde. Paris hatte dagegen seite Stimmung gemeldet. Von einer bestimmt

London - Aktien - Börse.

Berlin, den 24. Dezember 1880.

Preußische Fonds- und Geld-

Course.

Consol. Anleihe 4½ 104,00 B

do. neue 1876 4 100,40 b

Staats-Anleihe 4 99,90 G

Staats-Schuldsch. 3½ 100,00 G

Do.-Deichb.-Ob. 4½

Beil. Stadt-Ob. 4½ 103,30 b

do. do. 3½ 94,50 b

Schildv. d. B. Kfm. 4½ 100,90 b

Pfandbriefe:

Berliner 5 107,30 b

do. 4½ 103,25 b

Landich. Central 4 99,50 B

Kurz- u. Neumärk. 3½ 95,00 b

do. neue 3½ 93,00 b

do. 4 100,00 b

do. neue 4½

N. Brandenburg. Kred. 4

Ostpreußische 3½

do. 4 98,75 b

do. 1½ 100,25 b

Pommersche 3½ 89,60 b

do. 4 99,10 b

Posensche, neue 4 99,50 b

Sächsische 4 99,70 G

Schlesische altl. 3½ 91,70 G

do. alte A. 4½

do. neue I. 4 100,20 G

Westpr. rittersch. 3½ 90,50 b

do. 4 99,00 B

do. II. Serie 5

do. neue 4

do. 1½ 102,10 b

Hentenbriefe:

Kurz- u. Neumärk. 4 99,80 G

Pommersche 4 100,00 B

Posensche 4 99,80 G

Preußische 4 99,80 G

Rhein- u. Westfäl. 4 100,00 B

Sächsische 4 98,00 b

Schlesische 4 100,00 B

20-Frankstücke 20,35,0 B

do. 500 Gr.

Dollars

Imperials

do. 500 Gr.

Engl. Banknoten

do. einlösbar. Leipz.

Französ. Banknot. 80,75 B

Deutsch. Banknot. 171,95 b

do. Silbergulden

Russ. Noten 100 Rbl. 207,15 b

Deutsche Fonds.

Deutsch. Reichs-Anl. 4 100,20 b

B. A. 5½ a 100 Th. 3½ 148,25 b

Hess. Prüf. a 40 Th. 27,50 b

Bad. Pr.-A. v. 67. 4 135,00 b

do. 35 fl. Oblig. 175,00 b

Bair. Präm.-Anl. 4 136,40 B

Braunsch. 20 thl.-S. 97,80 b

Brem. Anl. v. 1874 4 99,60 G

Cöln-Wd.-Pr.-Anl. 3½ 129,30 b

Deß. St.-Pr.-Anl. 3½ 126,20 b

Goth. Pr.-Obd. 5 119,50 b

do. II. Abth. 5 116,50 b

Ob. Pr.-A. v. 1866 3 186,00 B

Lübecker Pr.-Anl. 3½ 182,30 b

Medic. Eisenbahn 3½ 92,25 b

Meining. Loose 26,20 b

do. Pr.-Pfdbr. 4 121,75 B

Öbenburger Loose 3 151,60 B

D.-G.-C.-B.-Pfdbr. 5 104,25 G

do. do. 4½ 100,75 b

Ötjch. Hypoth. inf. 5 109,10 G

Mein. Hyp.-Bf. 4½ 100,90 G

Prud. Crdt.-H.-A. 5 99,75 G

do. Hyp.-Pfdbr. 5

Pomm. H.-B. I. 120	5	104,75 b
do. II. IV.	110	5 101,60 G
Pomm. III. rft. 100	5	100,00 G
Br. B.-C.-G.-Br. v. 3½	5	108,00 G
do. do.	100	5 102,25 G
do. do.	115	4½ 103,25 b
Br. C.-B.-Pfdbr. fb. 4½	4½	112,25 G
do. umf. rüft. 110	5	107,25 G
do. (1872 u. 74) 4½	4½	107,25 G
do. (1872 u. 73) 5	5	107,25 G
(1874)	5	107,25 G
Pr. Hyp.-A.-B. 120	4½	101,25 b
do. do. 110	5	104,25 b
Schles. Bod.-Cred. 5	5	103,50 b
do. do.	103,70 B	5
Stettiner Nat. Hyp. 5	5	100,00 G
do. do.	100,00 G	5
Kruppsche Obligat. 5	5	107,75 b

Ausländische Fonds.

Amerik. rft. 1881	6	99,90 b
do. do. 1885	6	99,60 b
do. Bds. (fund.) 5	5	99,60 b
Norweger Anleihe 4½	5	99,60 b
Kemn. St. Anl. 6	6	123,80 G
Desterr. Goldrente 4	75,10 b	5 B
do. Pap. Rente 4½	62,50 G	5
do. Silber-Rente 4½	63,00 b	5
do. Cr. 100 fl. 1858	335,75 b	5
do. Lott.-A. v. 1860	5	122,75 B
do. do. v. 1864	5	307,10 B
Ungar. Goldrente 6	94,70 b	5 B
do. Looge 5	213,75 B	5
do. Schässch. I. 6	86,20 G	5
do. do. kleine 6	86,20 G	5
do. do. II. 6	86,20 G	5
Italienische Rente 5	86,20 G	5
do. Tab.-Obig. 6	86,20 G	5
Rumän. cens. A. 1871	5	89,90 b
do. do. 1872	5	89,90 b
do. do. 1873	5	89,90 b
do. do. 1877	5	92,60 b
do. do. 1880	5	71,60 b
do. Boden-Credit 5	81,10 b	5
do. Pr.-A. v. 1864	5	144,30 b
do. do. v. 1866	5	141,90 b
do. A. Stiegl. 5	60,50 G	5
do. 6. do. 5	60,50 G	5
do. Pol. Sch.-Ob. 4	81,40 B	5
do. do. Kleine 4	81,40 B	5
Pöhl. Pfdbr. III. 5	5	81,40 B
do. do. 4	55,60 B	5
Türk. Anl. v. 1865	5	55,60 B
do. do. v. 1869	5	55,60 B
do. do. Loose vollgez. 3	5	30,75 B

* Wechsel-Course.

Amsterd. 100 fl. 8 T.	97,80 b
do. 100 fl. 2 M.	97,80 b
London 1 £fr. 8 T.	171,70 b
do. do. 3 M.	170,